

Prof. Dr. Alexander Trunk

Vorlesung: Einführung in das Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrecht

WS 2019/2020

Do., 10.00 h c.t. - 12.00, LS4 – R. 27/28 ; vom 17.10.2019 bis zum 13.02.2020

27.10.2019: Grundstrukturen des Einzelzwangsvollstreckungs- und Insolvenzrechts

Begrüßung zu der Vorlesung „Einführung in das EinzelZV- und InsR“. Prakt. Bedeutung sowohl des ZV-Rechts als auch des InsR: „Realisierung“ von Forderungen, Unternehmenssanierung. Staatl. Zwangsmonopol: grds. Verbot der Selbsthilfe: Notwehr, Selbsthilfe etc. gem. §§ 227 ff BGB nur sehr eingeschränkt zulässig.

Die Vorlesung ist so angelegt, dass zuerst über ZV-R, danach etwas ausführlicher über InsR gesprochen wird.

Vorlesungsskripten auf der Webseite des Instituts: <http://www.eastlaw.uni-kiel.de>

Skripten werden nach der Vorlesung dort eingestellt. --> Nachbearbeitung dringend empfohlen, mit dem Skript und ergänzend mit einem Lehrbuch, z.B. Lackmann, Zwangsvollstreckungsrecht mit Grundzügen des Insolvenzrechts, 11. Aufl. 2018

Wenn Zeit zur Vorbereitung: LitHinweis auf nächste Vorlesung am Ende des Skripts; auch möglich Einsicht in Skript meiner letzten Vorlesung zu diesem Thema (WS 2014/2015).

--> Unbedingt nötig: Gesetzesausgabe ZPO und InsO, z.B. in Schönfelder, Nomos-Texte ZivR, oder Sonderausgaben.

A. Einführung

Warum werden ZV-R und InsR in einer Vorlesung angeboten?

I. Zum systematischen Zusammenhang von Einzelzwangsvollstreckungsrecht und Insolvenzrecht:

1. Nach dt. Tradition werden beide Rechtsgebiete dem Zivilverfahrensrecht zugerechnet (besonderer Teil des öffR, mit besonderem Bezug zum PrivatR).

2. Definitionen:

- a) Einzelzwangsvollstreckungsrecht = Recht über die Durchsetzung von zivilgerichtlichen Entscheidungen (und bestimmten anderen Titeln) mit staatl. Zwang,
- b) Insolvenzrecht = R über die Durchsetzung von Forderungen gegen einen insolventen (zahlungsunfähigen) Schuldner. Häufig als Recht der "Gesamtvollstreckung" bezeichnet: doppeltes Gesamtverfahren, d.h. grds. Einbezug des Gesamtvermögens des Schuldners und grds. Einbezug aller Gläubiger. Im Ggs. dazu hat das Einzelzwangsvollstreckungsrecht grds. die Vollstreckung durch einen Gläubiger in einzelne Vermögensgegenstände des Schuldners zum Gegenstand.

Diese erste Begriffsbestimmung bedarf aber noch einer stärkeren Differenzierung: z.B. können sich an einem Insolvenzverfahren auch Gläubiger beteiligen, deren Forderungen noch nicht durch eine gerichtliche Entscheidung festgestellt sind.

II. Folgerungen aus der gemeinsamen verfahrensrechtlichen Einordnung des Zwangsvollstreckungsrechts und des Insolvenzrechts:

1. **Wertungsparallelen** (Verfahrensgrundsätze: Abwägung von Gläubiger-, Schuldner- und Drittschuldnerinteressen)
2. Parallelen in der Terminologie (Zuständigkeit, Zustellungen, Rechtsbehelfe, etc.).
3. **Subsidiäre Anwendung verfahrensrechtlicher Vorschriften**, insbes. ZPO Erstes Buch (Allg. Vorschriften).

III. Problematik der Betonung der verfahrensrechtlichen Parallelen

1. **Insolvenzrecht** hat nicht nur Vollstreckungsfunktion (Gläubigerschutz), sondern dient - insbes. bei unternehmerisch tätigen Schuldnern - als Regelungsrahmen für einen Interessenausgleich zwischen den Verfahrensbeteiligten, der es dem Schuldner ermöglichen soll, wirtschaftlich wieder Fuß zu fassen. Daher kann man das Insolvenzrecht insoweit auch als **Teil des Unternehmensrechts** in der spezifischen Situation der Unternehmensinsolvenz betrachten. Das Insolvenzrecht enthält daher, viel stärker als das Einzelzwangsvollstreckungsrecht, **materiellrechtliche** Komponenten. Das Insolvenzverfahren wirkt z.B. auf schwebende Verträge des Schuldners ein, kann die Aufrechnung durch Gläubiger beschränken oder eine Restschuldbefreiung herbeiführen.

2. Auch aus der Sondersituation der Insolvenz und aus der Eigenschaft des Insolvenzverfahrens als **Kollektivverfahren** ergeben sich Besonderheiten, die unterschiedliche Regeln in der Einzelzwangsvollstreckung und in der Insolvenz erfordern.

Wichtigste Besonderheit: In der Einzelzwangsvollstreckung erfolgt nach dt. R grds. kein Ausgleich zwischen verschiedenen Gläubigern. Nach dt. R geht in der EinzelZV die zeitlich frühere Vollstreckungsmaßnahme der späteren vor (Prioritätsprinzip), während im Insolvenzverfahren grundsätzlich alle Gläubiger anteilig befriedigt werden.

IV. Rechtstatsächliche Bedeutung des Einzelzwangsvollstreckungs- und Insolvenzrechts:

- Ca. 9 Mio. Vollstreckungsaufträge (Vollstr. in bewegl. Vermögen) an Gerichtsvollzieher

- Ca. 2 Mio. Forderungspfändungen
- Nur ca. 30.000 Zwangsversteigerungen von Immobilien (2017)
(Zum Vergleich: im Jahr 2018 ca 1,3 Mio neue Zivilklagen)
- 2018 ca. 140.000 Insolvenzanträge (110.000 Eröffnungen), davon ca. betr. 25 000 Unternehmensinsolvenzen (Zahl rückläufig), ca. 90000 Verbraucherinsolvenzen. Tendenz z.Zt. in etwa stabil, aber in früheren Jahren stark steigend, insbes. bei Verbraucherinsolvenzen (Grund hierfür u.a. Ziel des neuen Insolvenzrechts, den Verbrauchern eine Restschuldbefreiung zu ermöglichen).

Nähere statistische Angaben s. z.B.

- Statist. Bundesamts: <http://www.destatis.de>
- RWS-Verlag/ZIP: www.rws-verlag.de (IN-Dat)
- Verband der Vereine Creditreform: www.creditreform.de.

V. Internationale Bezüge

1. Entwicklungen im Ausland

Wie in jedem Rechtsgebiet, lohnt es sich auch im Zwangsvollstreckungs- und im Insolvenzrecht, gelegentlich einen Blick über die Grenze zu tun, und sei es auch nur, weil man aus den Erfahrungen im Ausland gelegentlich eine Anregung für die Weiterentwicklung des eigenen Rechts gewinnen kann.

Um ausländische Rechte mit dem deutschen zu vergleichen, muss man natürlich bestimmte Vergleichsmaßstäbe anlegen. Ein solcher Maßstab kann z.B. sein, ob das ausländische Recht in bestimmter Hinsicht die Gläubiger oder den Schuldner stärker begünstigt als das deutsche Recht, oder ob z.B. die Funktion der Vollstreckungsbehörden der Insolvenzorgane anders ausgestaltet ist als im deutschen Recht.

In den meisten Rechtsordnungen ist, wie in Deutschland, das Einzelzwangsvollstreckungsrecht in den Zivilprozessordnungen mitgeregelt. Es gibt auch Beispiele für besondere Vollstreckungsgesetze, z.B. in der Schweiz (SchKG 1889 i.d.F. von 1996) oder in Österreich (Exekutionsordnung 1896).

Für die deutsche Insolvenzrechtsreform, die am 1.1.1999 in Kraft getreten ist, war in mancher Hinsicht das US-amerikanische Recht ein Vorbild, das im sog. U.S. Bankruptcy Code von 1978 geregelt ist. Der deutsche Gesetzgeber hat sich vor allem von den Sanierungsmöglichkeiten des amerikanischen Rechts, die im sog. Chapter 11 (Kapitel 11) des U.S. Bankruptcy Code enthalten sind, anregen lassen.

2. Vollstreckungsverfahren mit Auslandsbezug

Gegenstand dieser Vorlesung ist das deutsche innerstaatliche Recht, d.h. das deutsche Recht, das auf Inlandssachverhalte anzuwenden ist. Zur Zwangsvollstreckung oder Insolvenzverfahren mit Auslandsbezügen s. z.B. das Handbuch von Geimer, IZVR, Verlag Otto Schmidt.

B. Literaturempfehlungen:

I. Einzelzwangsvollstreckungsrecht:

1. **Gesetzestext: ZPO** (z.B. im Schönfelder). Sonderband bei C.H.Beck:
ZwangsvollstreckungsR (enthält auch untergesetzl. Vorschriften).

Für die Vorlesung genügen Gesetzestexte im Schönfelder.

2. Kurzdarstellung:

Lüke, Zivilprozessrecht, 11.Aufl. (2019) (enthält auch Abschnitt zur Einzelzwangsvollstreckung)

3. Mittelgroße Darstellungen:

a) Lackmann, Zwangsvollstreckungsrecht mit Grundzügen des Insolvenzrechts, 11.Aufl. (2018): Dieses Buch lege ich der Vorlesung im Teil „Zwangsvollstreckungsrecht“ als Begleitlektüre zugrunde.

b) Jauernig/Berger, Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrecht, 23.Aufl. 2010

4. Große Lehrbücher:

a) Baur/Stürner/Bruns, Zwangsvollstreckungsrecht, 13. Aufl. (2006) : sehr übersichtlich

b) Rosenberg/Gaul/Schilken, Zwangsvollstreckungsrecht, 12.Aufl. (2010) : am stärksten theoretisch angelegt.

5. Daneben die üblichen Kommentare zur ZPO (insbes. Thomas/Putzo, Musielak, Zöller, Baumbach) bzw. zum ZVG (z.B. Böttcher).

II. Insolvenzrecht:

1. **Gesetzestext:**

InsO, Beck-Texte im dtv

2. Kurzdarstellung

Zimmermann, Grundriss des Insolvenzrechts, 11. Aufl. (2018)

Foerste, Insolvenzrecht, 7.Aufl. (2018)

4. Handbücher:

Gottwald (Hrsg.), Insolvenzrechts-Handbuch, 5.Aufl. (2015) (sehr gut)

5. Kommentare:

Braun, Insolvenzordnung, 7. Aufl. (2017) u.a.

7. Materialienband: Kübler/Prütting, Das neue Insolvenzrecht, 2 Bde. (1994)

III. Zeitschriften: ZIP, NZI, KTS, ZInsO, InVo, ZZP.

C. Grundstrukturen des Einzelzwangsvollstreckungsrechts

I. Ausgangspunkt ist die Unterscheidung Erkenntnisverfahren - Vollstreckungsverfahren.

- nur ZV zivilgerichtlicher Entscheidungen, im übrigen z.T. Verweisung auf ZPO (§ 62 II ArbGG; § 167 I 1 VwGO).

- ZV setzt vollstreckungsfähigen Inhalt der Entscheidung voraus: nur Leistungsurteile (nicht Feststellungs- und Gestaltungsurteile)

II. Regelungsgrundlagen:

1. Völkerrecht: Grundsatz der Territorialität der Zwangsvollstreckung. Völkerrechtliche Verträge über Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Gerichtsentscheidungen

2. EU-Recht: Zwangsvollstreckung bislang kaum EU-rechtlich vereinheitlicht. Ausnahme ist die **EU-KontenpfändungsVO** von 2014 (nur vorläufige Maßnahmen). Ausführungsregelung dazu in §§ 946 ff ZPO.

3. Innerstaatliches Recht (Deutschland)

a) Verfassungsrechtliche Grundlagen

a) Anspruch des Gläubigers gg. den Staat auf Vollstreckung ist verf-r gewährleistet als Ausprägung des Justizgewährungsanspruchs, Art.19 IV GG (Ausgleich für staatl. Gewaltmonopol, Selbsthilfeverbot).

b) Besonderheit, dass bei ZV zwar Staat tätig wird, aber im Interesse eines Privaten (ZV-Gl). Bei ZV stehen regelmäßig Grundrechte verschiedener Träger gegenüber (ZV-Gl, ZV-Schu, u.U. Dritte), die in Ausgleich zu bringen sind.

c) Insbes. folgende Grundrechte kommen in Betracht:

aa) Grundrechte des ZV-Gl, idR Eigentum (Art.14 GG), u.U auch andere Grundrechte, z.B. Berufsfreiheit, allg. Unternehmerfreiheit (Art.2 I GG) etc. Grundrecht schließt auch Anspruch gg. Staat auf verfahrensrechtlichen Schutz (z.B. Durchsetzung durch ZV) ein.

bb) Grundrechte des ZV-Schu, z.B. Eigentum (Art.14 GG), Gesundheit (Art.2 II 1 GG), persönl. Freiheit (Art.2 I, 2 II 2 GG: Willensbeugung durch Auskunftspflichten, Zwangsgelder, u.U. Zwangshaft), Unverletzlichkeit der Wohnung (Art.13 I, II GG), R auf informationelle Selbstbestimmung. Auch denkbar Verletzung Gleichheitssatz (Art.3 I, II GG) Eingriffe des Staates in diese Grundrechte müssen den üblichen verfassungsrechtlichen Anforderungen entsprechen (Grundrechtsschranken, praktische Konkordanz, Verhältnismäßigkeit)

cc) Grundrechte Dritter denkbar (z.B. Pfändung von Vermögen Dritter etc.).

d) Umfangreiche Rspr des BVerfG zur Zwangsvollstreckung (ZV), z.B.

- BVerfGE 51, 97 (§ 758 ZPO: Wohnungsdurchsuchung nur aufgrund präventiver richterlicher Anordnung; s. nunmehr § 758 a ZPO). [1, 2, 13 GG]
- BVerfGE 42, 64 (Teilungsversteigerung ohne ausreichende Aufklärung des ZV-Schu gem. § 139 ZPO über RBehelfe bei wirtschaftlich extrem ungünstigem Zuschlag in Zwangsversteigerung) [3 I GG]
- BVerfGE 20, 322 (Ordnungsgeld nach § 890 ZPO zur Erzwingung von Unterlassungen nur bei Verschulden des ZV-Schu) [2 I GG i.V.m. Rechtsstaatsprinzip: nulla poena sine culpa]

a) Einfaches Gesetzesrecht

aa) Wichtigste Rechtsgrundlage ist die **ZPO (1877), 8.Buch**, mit späteren Änderungen, z.B. durch Gesetz über die Internetversteigerung in der Zwangsvollstreckung vom 30.7.2009: erlaubt Zwangsversteigerung auf Internet-Plattformen (s. § 814 II Nr.2 ZPO iVm Landesrecht), z.B. <https://www.justiz-auktion.de/impresum.php>

bb) Die Zwangsvollstreckung in Immobilien ist geregelt im Zwangsversteigerungsgesetz (ZVG) (1897)

cc) Sonstige: z.B. GVG, RPflG, AnfG, BGB (z.B. §§ 394, 725, 1984 II BGB)

III. Aufbau der Regelung der ZPO 8.Buch: §§ 704 – 959

1. **ZPO 1.Buch (Allg. Vorschriften, §§ 1 - 252)**, u.U. auch 2.Buch (Verf. 1. Instanz: vollstr-r Klagen), 3./4.Buch (RMittel, Wiederaufnahme d. Verf., §§ 511 - 591) und Vorschriften außerhalb der ZPO

2. **Allg. Teil ZwangsvollstrR §§ 704 - 802 ZPO:**

- Regeltitel (Urteil [nur Leistungsurteile], §§ 704 - 723),
- Vollstreckungsklausel (§§ 724 - 734),
- ZV in Sondervermögen (§§ 735 - 749),
- allg. Regeln zum ZV-Verfahren (§§ 750 - 765),
- RBehelfe (§§ 765 a - 793),
- besondere VollstrTitel (§§ 794 - 801)

3. Danach folgen Abschnitte über die **einzelnen Vollstreckungsarten:**

a) ZV wegen **Geldforderungen**

aa) **in bewegliches Vermögen** §§ 803 ff

aaa) in körperliche Gegenstände/Sachen §§ 808 ff

bbb) in Forderungen §§ 828 ff

ccc) in andere Vermögensrechte §§ 857 ff

bb) **in Immobilien:** § 864 + ZVG

b) ZV wegen **anderer Forderungen**, §§ 883 ff

c) Einstw. RSchutz §§ 916 ff (Buch 8 ZPO Abschnitt 5).

IV. Ablauf eines Einzelzwangsvollstreckungsverfahrens

- Herstellung der ZV-Vorr (Titel, Klausel, Zustellung, § 750 I ZPO)
- ZV-Antrag des ZV-Gläubigers beim zuständigen ZV-Organ (z.B. GVZ § 753 ZPO, VstrGericht § 828)
- ZV-Akt (z.B. Pfändung §§ 803 ff, 828 ff ZPO)
- Verwertung (§§ 814 ff, 835 ff ZPO)
- Ggf. Rechtsbehelfe (z.B. § 766 ZV-Erinnerung, § 767 ZV-Gegenklage, § 771 DrittwidersprKlage)

V. Verfahrensbeteiligte und Verfahrensorgane

1. VollstrGläubiger - VollstrSchuldner (Antragsteller - Antragsgegner)

2. VollstrOrgane

a) Gerichtsvollzieher (GVZ):

- Regelzuständigkeit für ZV (§ 753 ZPO), insbes. ZV in bewegl. Sachen und ZV auf Herausgabe
- § 154 GVG i.V.m. GerichtsvollzieherO und GV-Geschäftsanweisung
- Beamter der Justizverwaltung
- Verhältnis Gl - GVZ ist öff. Natur (kein privat-r Auftrag; keine §§ 164 ff od. § 279 BGB)

b) VollstrGericht (idR Rpfleger)

- besondere Abteilung des AG, § 764 I ZPO, insbes. bei FordPfändung (§§ 828 ffm 857, 858 ZPO) und Zwangsversteigerung von Grundstücken nach ZVG. Verstöße gg. funktionelle Zust führen zu Nichtigkeit des ZV-Akts
- idR Rpfleger zuständig, § 20 Nr.1, 3 Nr.1 i RPflG
- örtl. Zust: Ort, wo einzelne VstrHandlungen vorgenommen werden soll, § 764 II ZPO; s.a. ausschließl. Zust. § 802 ZPO

c) Prozeßgericht

- zust. zur Erzwingung von Handlungen, Unterlassungen, §§ 887 - 890 ZPO

d) U.U. Grundbuchamt (s. § 867 ZPO)

3. Dritte

können u.U. Rechtsbehelfe einlegen: §§ 766, 771 ZPO

VI. Verfahrensprinzipien des Einzelzwangsvollstreckungsrechts

1. Allg. Prinzipien des Zivilprozessrecht im Kontext der Zwangsvollstreckung:

- a) Dispositionsmaxime betr. Verfahrensgegenstand (Ggs. Officialprinzip) gilt: ZV-Antrag des Gl nötig, kann VollstrArt und uU VollstrGegenstand bestimmen. Auch Freigabe denkbar (§ 843 ZPO)
- b) Grds. Verhandlungsmaxime (BeibringungsGrds) betr. Tatsachengrundlage: gilt eingeschränkt; keine umfassende Inquisition durch VollstrBehörden, aber Ansätze dazu, vgl. § 806 a ZPO.
- c) Gebot rechtl. Gehörs (Art.103 I GG): grds. nur nachträgl., s. § 808 III, 834 GG
- d) Öffentlichkeit grds. nicht (vgl. § 760: nur VerfBeteiligte); Ausn. bei öff. Versteigerung (§§ 814 ff ZPO)

e) Verfahrensbeschleunigung gilt, durch 2. ZV-Novelle verstärkt, s. § 721 III 2, 813 b II ZPO

2. Besondere Prinzipien des ZV-Rechts

a) Wichtigster Grundsatz: **Prioritätsprinzip**, s. § 804 III ZPO.

Daneben:

b) Numerus clausus der VollstrArten

c) Formalisierungsgrundsatz (ZV nur bei formellen Vorr; grds. keine Prüfung des Titels; kein Ermessen)

d) Wahlfreiheit zw. NaturalZV und Geldliquidation, s. §§ 883 ff - § 893 ZPO [i.V.m. 283 BGB]

e) Dezentralisierung der ZV (versch. ZV-Organen)

f) Schuldnerschutz (Sozialstaatsprinzip), § 811, 850 ff, neuerdings 813a ZPO (Ratenzahlung durch GVZ zu gewähren)

D. Grundstrukturen des Insolvenzrechts

I. Regelungsgrundlagen

1. Völkerrecht und Europarecht

a) Völkerrecht: Grundsätzlich Territorialität des Insolvenzverfahrens als Ausprägung des Vollstreckungsrechts. Aber zahlreiche Auflockerungen durch internationale Kooperation etc. Einzelne Staatsverträge mit Anwendung auf Insolvenzrecht, z.B. im Europarat, Südamerika etc.
Beachte auch Uncitral-Modellgesetze zum Insolvenzrecht (1997 – 2019)

b) EU-Recht

aa) Primäres EU-Recht, z.B. Grundfreiheiten des EU-Recht und EU-Grundrechtecharta

bb) Sekundäres EU-Recht:

- Europäische Insolvenzverordnung 2000/2015 (regelt „internationales“ Insolvenzrecht, d.h. Sachverhalte mit Auslandsbezug)
- Neu: EU-Insolvenzrichtlinie von 2019: vereinheitlicht bestimmte Aspekte der Sanierung vor und in der Insolvenz: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32019L1023&from=DE>.
In nationales Recht umzusetzen bis 2021.

2. Einzelstaatliches Recht (Deutschland):

a) Verfassungsrechtliche Grundlagen des Insolvenzrechts

aa) Institutsgarantie des Insolvenzrechts: Art.3 I GG, Sozialstaatsprinzip

bb). Grundrechte der VerfBeteiligten, insbes. Art.14 und Art.3 GG.

b) Einfachgesetzliche Ebene:

aa) Die wichtigste Rechtsquelle des deutschen Insolvenzrechts auf einfachgesetzliche Ebene ist die **Insolvenzordnung (InsO)** vom 5.10.1994, in Kraft seit 1.1.1999 mit späteren Änderungen, Z.B. Änderung im Jahr 2013 (ab 1.1.2014) zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens (uU von 6 auf 3 Jahre).

Die **Ziele der InsO** sind § 1 InsO zusammengefasst:

- Vereinheitlichung des bisher zwischen West- und Ostdeutschland gespaltenen InsR (KO/VglO - GesO)
- Einheitliches InsVerfahren statt Trennung in Konkurs und Vergleich
- Einzelverbesserungen (Erleichterung der Sanierung, Restschuldbefreiung, stärkere Beschränkung von Mobiliarsicherheiten)

bb) Daneben bestehen zahlr. Sondervorschriften zu Teilaspekten des Insolvenzrechts, z.B. § 240 ZPO, § 30 d ZVG, § 32 HGB etc.

II. Aufbau der Regelung (InsO), Vergleich mit KO und GesO.

InsO folgt grds. dem Lauf des Verfahrens (KO stellte mat. InsR voran, danach InsVerfahrensR)

III. Ablauf eines Insolvenzverfahrens

Eröffnungsverfahren (Insolvenzantrag) - Verfahrenseröffnung mit Wirkungen des Vollverfahrens: Ernennung eines Insolvenzverwalters, Liquidation oder Sanierung - Anmeldung der Forderungen - Verwertung und Verteilung des Vermögens, u.U. Insolvenzplan od. andere Beendigung - ggf. Restschuldbefreiung

IV. Verfahrensbeteiligte und Verfahrensorgane

1. Gläubiger (verschiedene Kategorien, s. § 38 InsO)

2. Insolvenzschuldner mit Besonderheit bei Gesellschaften: Ausübung der Befugnisse und Pflichten „des Schuldners“ grds. durch die GesOrgane.

3. Drittbeteiligte, z.B. Vertragspartner des InsSchuldners, DrittSchuldner, öffentliche Stellen (z.B. Arbeitsverwaltung)

5. Insolvenzorgane:

- a) Insolvenzverwalter : zentrale Figur des Insolvenzverfahrens
- b) Insolvenzgericht (Amtsgericht), § 2 InsO
- c) Gläubigerversammlung
- d) Gläubigerausschuss

V. Verfahrensprinzipien des Insolvenzrechts

1. Allg. Prinzipien

- a) Dispositionsmaxime betr. Anfang und Ende des InsVerfahrens, in gewissem Umfang auch über den Gegenstand des Verfahrens (z.B. Liquidation od. Sanierung, maßgebl. Einfluß der Gläubigergesamtheit)
- b) Inquisitionsmaxime betr. Tatsachen: § 5 InsO, aber Einschränkungen insbes. betr. InsAntrag, s. § 14 I InsO i.V.m. § 294 ZPO
- c) Gebot rechtl. Gehörs, z.T. eingeschränkt, z.T. unklar.
- d) Öffentlichkeit grds. nicht (nur Parteiöffentlichkeit); Ausnahmen z.B. Publikation der Verfahrenseröffnung.
- e) Beschleunigungsgrds., z.B. durch Fristen für GlVersammlungen, §§ 28, 29 InsO

2. Insolvenzspezifische Verfahrensprinzipien

- a) Wichtigster Grundsatz: **Gläubigergleichbehandlung**, aber zahlr. Einschränkungen bei der Befriedigung (Vorrechte)
- b) Grundsatz der Geldliquidation, § 45 InsO; Ausnahmen z.B. §§ 103 ff InsO
- c) Dezentralisierung (keine umfassende vis attractiva concursus)
- d) Formalisierung des Verfahrens, z.B. vereinfachte Feststellung von Forderungen, §§ 174 ff InsO
- e) Schuldnerschutz, insbes. durch Einführung der Restschuldbefreiung §§ 286 - 303 InsO

Literatur zur Nachbereitung: Baur/Stürner/Bruns, Einzelzwangsvollstreckungsrecht, §§ 1 - 8, Gottwald (Hrsg.), Insolvenzrechts-Handbuch § 1.

Literatur zur Vorbereitung auf die nächste Veranstaltung: Lackmann §§ 5 - 6

Fall zur Vorbereitung auf die nächste Veranstaltung:

Gläubiger G hat ein Zahlungsurteil gegen seinen Schuldner S erwirkt. Welche Schritte hat er zu unternehmen, damit er aus dem Urteil gegen den Schuldner vollstrecken kann?